

DIE KRIEGSZIELSETZUNG DER ANTIFASCHISTISCHEN GROSSMÄCHTE UND DIE MÖGLICHKEITEN FÜR EINEN AUSTRIIT AUS DER FASCHISTISCHEN KOALITION IM JAHRE 1944

MIHÁLY KOROM

Die gemeinsame und *allgemeine Kriegszielsetzung* der antifaschistischen Koalition wurde bis Ende 1943 konzipiert. Im Mittelpunkt dieser Zielsetzung standen das Zerschlagen der Hitler-Bündnisse und die vollkommene Vernichtung des Faschismus, was auf Grund einer Formulierung, die von den Vereinigten Staaten Anfang 1943 als *Kompromiss* den Grossmächten empfohlen, als allgemeines Ziel vorgeschrieben wurde, nämlich den Krieg *bis zur bedingungslosen Kapitulation* des Feindes fortzusetzen. In Anbetracht des im Jahre 1944 sich vollziehenden allgemeinen Zerfalls der faschistischen Koalition genügte diese Formulierung jedoch nicht mehr. In diesem Grundsatz und in der praktischen Verwirklichung der italienischen Kapitulation in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 offenbarte sich die Tatsache, dass die Alliierten, vor allem die Westmächte, keinerlei vorläufigen Verpflichtungen übernahmen und auch keine Absicht hatten, solche zu übernehmen für den Fall des Austritts der feindlichen Staaten aus dem Krieg, bzw. für den Fall ihres Übergehens an die Seite der antifaschistischen Koalition, weder in bezug auf den Waffenstillstand noch — und um so weniger — in bezug auf das Friedensabkommen. Es schien, die Alliierten wollten bei der Formulierung der Kapitulationsbedingungen und bei der Gestaltung der Welt der Nachkriegszeit freie Hand behalten. Darüber hinaus waren auch die genaue Bedeutung und die direkten, sowie die fernerer Auswirkungen der „bedingungslosen Kapitulation“ nicht klar.

Bereits 1943, bei der italienischen Kapitulation, hauptsächlich aber bei den Sondierungen der in Krise geratenen Hitler-Satelliten wäre es notwendig geworden, die Bedeutung der Formel der „bedingungslosen Kapitulation“ genauer zu bestimmen. Vor der Unterzeichnung der ausführlichen Waffenstillstandsbedingungen äusserte der italienische Delegierte den Wunsch, das Wort „bedingungslos“ auszulassen, um die „Erniedrigung“ Italiens und des italienischen Volkes zu vermeiden, zugleich den aktiven Beitritt Italiens zu den Alliierten zu fördern. Damals hatten die Westmächte diesem Wunsch nicht ganz zugestimmt,¹ Eisenhower hatte zwar die damit verbundenen eventuellen militärischen und politi-

schen Vorteile anerkannt, als er die erwünschten Veränderungen Roosevelt befürwortend unterbreitete. In seinem Brief an Stalin vom 1. Oktober 1943 hatte der Präsident geschrieben: „...nach ihrer (Eisenhowers und seiner Mitarbeiter – M. K.) Meinung sei es aus dem Gesichtspunkt der Niederwerfung der deutschen Truppen in Italien und unserer damit verbundenen Erfolge sehr vorteilig, weil es in Italien das Übergehen der Armee, der Flotte und der Zivilbevölkerung an unsere Seite befördere.“ Auch seine eigene Meinung zufügend, schreibt er über die überbrückenden Veränderungen: „...diese sind von grossem Vorteil aus dem Gesichtspunkt unserer Kriegsanstrengungen und können uns keinen Nachteil bringen.“² Nach dieser Meinung und der Zustimmung der Sowjetunion zu den Veränderungen am 9. November 1943 wurde im ausführlichen italienischen Waffenstillstandsabkommen die Formel „bedingungslos Kapitulation“ zwar nicht abgeändert – war doch die bedingungslose Kapitulation der italienischen Regierung bereits zwei Monate vorher erfolgt – sie wurde jedoch nicht auf Italien, sondern auf den Marschall Badoglio, „das Haupt der italienischen Regierung“ ausgelegt.³

Dieses etwas starre Beharren der amerikanischen Politik auf der bedingungslosen Kapitulation erweckt den Anschein, als ob die bedingungslose Kapitulation des Feindes das strategische Hauptziel des Krieges wäre. Als ob das militärische Ziel der allgemeinen politischen Zielsetzung des Krieges übergeordnet wäre, als ob die allgemeine Strategie nur auf ein einzelnes Ziel, nämlich auf die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte gerichtet werden sollte. Das heisst: als ob die militärische Tätigkeit, der Sieg nicht nur eines der wichtigsten Mittel, sondern das höchste Ziel der Politik wäre.

Diese Auslegung des Kriegszieles oder der bedingungslosen Kapitulation befriedigte weder die sowjetische noch die englische Führung. Roosevelt war zwar der Meinung, dass seine anscheinend sehr radikale und eine bedingungslose Kapitulation fordernde Politik den Beifall der Alliierten, besonders der Sowjetunion einbringen wird.

Der Autor eines vorhin zitierten Werkes hat sich in diesem Zusammenhang eines ausdrucksvollen Vergleichs zwischen dieser amerikanischen Vorstellung und einem französischen Sprichwort bedient. Es ist gut für die Frauen, wenn die Männer Burgunderwein trinken – halten es die Franzosen. Ebenso erging es den Amerikanern. Sie dachten, ihre Politik sei gut für die Sowjetunion, wenn sie auf der Bedingungslosigkeit bestehen.⁴

Ende 1943, Anfang 1944 entstand in der sowjetischen wie auch in der englischen Politik die Notwendigkeit, die Auslegung der bedingungslosen Kapitulation auszuarbeiten. Für die Sowjetunion und England war diese Politik von dem möglichst frühen Erreichen der allgemeinen, gemeinsamen und davon eventuell abweichenden, eigenen Kriegsziele abhängig. Besonders gilt das in bezug auf die kleineren faschistischen Mächte, die sich nacheinander gemeldet und einen Weg zum Übertritt gesucht hatten. Im Frühling 1944 hatten die Sowjetunion und England

wirklich vorgeschlagen, mit bezug auf diese Länder die Politik der bedingungslosen Kapitulation zu mildern, bzw. fallen zu lassen.

Es war Aussenminister Molotow, der zum ersten Mal und in konkreter Form diesen Anspruch auf eine ausgearbeitete Auslegung aufgeworfen hatte, und zwar im Zusammenhang mit Finnland. In den ersten Dezembertagen 1943, auf der Konferenz in Teheran kam die Rede auf die Sondierungen von Finnland, Ungarn, Bulgarien und Rumänien, die die Absicht hatten, sich von Deutschland zu trennen. Die Sowjetunion interessierte sich damals am meisten für Finnland. In diesem Zusammenhang hatte Stalin in Teheran vor Roosevelt und Churchill die Bedingungen skizziert, die die Sowjetunion im Falle des Austritts Finnlands zu gewährleisten willig wäre. Während seines Gesprächs am 31. Dezember 1943 mit Harriman, dem amerikanischen Botschafter in Moskau, hatte Molotow auf Grund von Stalins Ausserung „die Frage nach der Auslegung der ‚bedingungslosen Kapitulation‘ in bezug auf verschiedene Satelliten von selbst aufgeworfen — wie Harriman es am 6. Januar 1944 seiner Regierung meldete — und hat mich gefragt, ob ich über unseren Standpunkt informiert bin.“⁵ Der Botschafter konnte keine Antwort geben, worauf Molotow es für notwendig hielt, das Problem unter Hinweis auf die durch Stalin skizzierten Bedingungen zu behandeln, er hatte zwar noch zugefügt, dass er auch die Frage Rumäniens und Ungarns studiere.“⁶

Aussenminister Hull informierte Moskau am 25. Januar über den mit Roosevelt in Einklang gebrachten amerikanischen Standpunkt in dieser Frage. „Mit dem Präsidenten habe ich über die Frage, die Molotow am 31. Dezember für Sie aufgeworfen hatte, verhandelt, dass es wünschenswert ist, die Formel der ‚bedingungslosen Kapitulation‘ zu bestimmen. In seinem Antwortmemorandum führte der Präsident aus, er teile den Gedanken nicht, dass wir deshalb verhandeln sollten, um die Auslegung der Formel ‚bedingungslose Kapitulation‘ zu bestimmen, da er glaube, dass jede Auslegung, worin wir jetzt eventuell einig werden, wahrscheinlich verändert oder modifiziert werden müsse, wenn einer von unseren Feinden seinen Wunsch zur Kapitulation äussern wird.“ „... Der Präsident ist der Meinung, dass die beste Definition der Formel ‚bedingungslose Kapitulation‘ in dem Bericht zu finden ist, der die Kapitulation von Lee vor Grant erzählt...“ So kommt der Aussenminister zur Schlussfolgerung: „Sie dürfen Molotow darüber informieren, dass die amerikanische Regierung es gegenwärtig nicht für klug hält, sich in die allgemeine und öffentliche Definition der Formel ‚bedingungslose Kapitulation‘ zu verwickeln und dass es besser wäre, sich mit der Frage jedes einzelnen Landes dann zu beschäftigen, wenn sie aktuell wird.“⁷

Die obenerwähnte Kapitulation in General Grants Auslegung wurde durch Präsidenten Roosevelt auf seiner Pressekonferenz vom 29. Juli 1944 folgenderweise vorgetragen: „Am Ende des Zivilkrieges von 1861 — 1865, nach der Schlacht von Appomattox, hatte Lee, Oberbefehlshaber der Südruppen Grant, den Oberkommandanten der Nordruppen um

einen Waffenstillstand ersucht. Grant hatte bloss das Folgende gesagt: „Bedingungslose Kapitulation.“ Das könne er nicht tun — antwortete Lee —, er brauche noch mancherlei. Er habe zum Beispiel nur für eine Mahlzeit genügende Nahrungsmittel für die Armee.

Grant: Das ist wohl traurig.

Lee: Die Pferde gehören nicht uns, sie sind die Eigentümer der Offiziere, die sie brauchen, damit sie nach Hause kommen können.

Grant: Bedingungslose Kapitulation.

Lee: Gut, ich ergebe mich. Und er reichte Grant seinen Säbel.

Grant: Bob, nimm ihn zurück. Ergibst du dich bedingungslos?

Lee: Ja!

Grant: Ihr seid jetzt meine Gefangene. Braucht ihr Nahrungsmittel?

Lee: Ja. Ich habe nur noch für eine Mahlzeit.

Da sagte Grant: Und was ist mit den Pferden von Euren Offizieren? Braucht ihr sie?

Lee: Ja, zum Frühlingsanbau.

Grant: Sag deinen Offizieren, sie sollen ihre Tiere nach Hause schaffen um den Frühlingsanbau zu erledigen.

Das heisst „bedingungslose Kapitulation“ beendete Roosevelt seine Erläuterung.⁸

Diese Auffassung des Kriegszieles entsprach den antifaschistischen Zielen der Sowjetunion nicht. Darum hatte die Sowjetregierung ausser den militärischen Schritten auch von diplomatischen Mitteln oder direkten Verhandlungen Gebrauch gemacht, damit diese Ziele möglicherweise mit weniger Opfer und schneller erreicht werden. Im Falle Finnlands hatte die Sowjetunion eine besondere Möglichkeit, diese Methoden anzuwenden. Finnland gehörte nämlich dem Berliner Dreimächteabkommen nicht an, die Vereinigten Staaten standen in keinem Kriegszustand mit den Finnen, deshalb waren die gemeinsamen Vorschriften der Moskauer Viermächteerklärung von Oktober 1943 über die bedingungslose Kapitulation von Finnland formell nicht unbedingt erforderlich. England, das mit Finnland in Kriegszustand war, war schon im März 1943 mit der Möglichkeit der gegenseitigen Verhandlungen einverstanden.⁹ Unter solchen Umständen stellte sich die Sowjetunion gegenüber Finnland nicht auf den Standpunkt der bedingungslosen Kapitulation. Als Mitte Februar 1944 die finnische Regierung über schwedische Vermittlung sich interessierte, ob die Sowjetunion willig ist, mit der damaligen finnischen Regierung über den Waffenstillstand zu verhandeln, lautete die Antwort aus Moskau: „Die Sowjetregierung hat keine Ursache, der gegenwärtigen finnischen Regierung ein besonderes Vertrauen zu schenken, wenn aber die Finnen keine andere Möglichkeit haben, ist die Sowjetregierung im Interesse des Friedens willig, mit der gegenwärtigen finnischen Regierung über die Einstellung der militärischen Tätigkeiten zu verhandeln.“¹⁰

Diese Antwort der Sowjetregierung zeugte von einem hohen Realitäts-sinn. Einerseits hatte sie den Versuch unternommen, die antifaschistischen Friedensziele auf diesem Weg zu erreichen, andererseits aber hatte

sie ihren Willen geäußert, mit einer Regierung zu verhandeln, die die Macht hat, den Austritt in Erwägung zieht und die einzige reale Verhandlungsmöglichkeit gewährt: „Wenn aber die Finnen keine andere Möglichkeit haben...“ – dieser Teil der Antwort sollte mit diesem Umstand in Beziehung stehen, dass die Finnen weder eine Emigrantenregierung noch im Lande eine andere, bzw. illegale Regierung hatten, auch keine Widerstandskraft, die in der Lage wäre, eine solche Regierung aufrechtzuerhalten.

Aus dem Gesichtspunkt der späteren ungarischen Austrittsversuche möchte ich diese, von Realitätssinn durchdrungenen Verhandlungswillen der Sowjetregierung, sowie ihre Methode und Form nachdrücklich hervorheben. Daher muss die erste sowjetisch–finnische Kontaktaufnahme etwas ausführlicher behandelt werden.

Nach der obenerwähnten Antwort der Sowjetregierung hatte am 19. Februar 1944 der sowjetische Botschafter in Stockholm *die Vorbedingungen für die Waffenstillstandsverhandlungen* den finnischen bevollmächtigten Vertretern übergeben:

„1. Unterbrechung der Beziehungen zu Deutschland und Internierung der in Finnland stationierten deutschen Truppen und Schiffe. Insofern Finnland sich zur Lösung dieser letzteren Aufgabe für nicht genug stark hält, ist die Sowjetunion bereit, mit eigenen Truppen und mit eigener Luftkraft die notwendige Hilfe zu leisten.

2. Wiederherstellung des sowjetisch–finnischen Vertrags von 1940–und Zurückziehung der finnischen Truppen auf die Grenze von 1940.

3. Sofortige Freilassung der sowjetischen und alliierten Kriegsgefangenen, sowie jener sowjetischen und alliierten Personen, die in finnischen Konzentrationslagern gehalten sind, bzw. dort arbeiten müssen.“ Die Fragen nach der Abrüstung der finnischen Armee, nach der Vergütung der der Sowjetunion verursachten Schäden, ebenso die Frage des Kreises von Petsamo können bis auf die Waffenstillstandsverhandlungen zurückgestellt werden. Im weiteren wurde dem Vertreter der finnischen Regierung mitgeteilt, „wenn die finnische Regierung willig ist, diese Bedingungen unverzüglich anzunehmen, die Sowjetregierung bereit sein wird die Vertreter Finnlands in Moskau zu Verhandlungen über ein konkreteres Waffenstillstandsabkommen zu empfangen.“¹¹

Anfang März 1944 hatte das sowjetische Volkskommissariat des Äusseren die erwähnten Bedingungen veröffentlicht. Dann wurde nachdrücklich betont, dass „die Gerüchte, nach denen die Sowjetregierung Finnland die Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation überreicht hätte, ... unbegründet sind.“¹² Das ist auch durch das Telegramm bewiesen, das Ministerpräsident Churchill am 21. März 1944 an Stalin sandte und worin der Standpunkt der englischen Regierung aufs neue bestätigt wurde, d. h. dass London keine bedingungslose Kapitulation der Finnen erfordere. „Zunächst – hiess es in Churchills Telegramm – will ich noch einmal zu den grossartigen Siegen Ihrer Armeen gratulieren, auch zu Ihrem sehr gemässigten Vorgehen in bezug auf die Finnen.“¹³

Die finnische Regierung zögerte ungefähr ein Monat lang mit ihrer Antwort. Mitte März wollte sie endlich in der Hoffnung auf weitere Aufklärungen und ohne die Vorbedingungen anzunehmen, in Moskau verhandeln. Die Sowjetregierung hatte, um ihren Verhandlungswillen zu beweisen, auch dieser neueren finnischen Bitte Genüge geleistet. Demzufolge konnte, am Ende März 1944 eine zweiköpfige finnische Delegation in Moskau eintreffen, um die sowjetische „Interpretation der Vorbedingungen“ entgegenzunehmen. Der Inhalt der genauer formulierten Vorbedingungen war der folgende: 1. Der obenerwähnte erste Punkt soll bis zum Ende April; 2. der zweite stufenweise ebenso bis zum Ende April; 3. der dritte sofort nach der Unterzeichnung des Waffendstillstandsabkommens erfüllt werden; diesem Punkt wurde zugefügt, dass die finnischen Kriegsgefangenen nach dem Friedensvertrag aus der Sowjetunion nach Hause geliefert werden sollen; 4. Die Abrüstung der finnischen Armee soll im Mai auf 50 v. H., im Juni auf das Friedensniveau gewährleistet werden; 5. Finnland wird verpflichtet, der Sowjetunion in Raten eine Entschädigung von 600 Millionen Dollar zu bezahlen; 6. Die Umgebung von Petsamo, 1920 und 1940 von der Sowjetunion freiwillig überlassen, ist zurückzugeben. Insofern die finnische Regierung die erwähnten 6 Punkte als Vorbedingungen annimmt, wird die Sowjetunion ohne jede Gegenleistung auf das Pachtungsrecht, betreffend die Gegend von Hanko, verzichten.¹⁴

Die so besprochenen und genauer formulierten Vorbedingungen wurden aber am 17. April 1944 durch den auf die profaschistische Reaktion gestützten und zeitweilig wieder die Oberhand gewonnenen kriegerischen Flügel der finnischen Regierung zurückgewiesen. Infolge dieser volksfeindlichen Entscheidung musste Finnland den aussichtslosen, mörderischen Krieg noch eine Weile weiterführen.

Die Aufnahme der sowjetisch-finnischen Kontakte hatte trotz des zeitweiligen Fiaskos dazu beigetragen, dass die Westmächte ihre Politik in bezug auf die bedingungslose Kapitulation der Satellitenländer abermals erörterten. In einem vom 12. März 1944 aus London an den Aussenminister in Washington geschriebenen Brief beklagt sich Winant, der amerikanische Botschafter, dass für die Verhandlungen des Europäischen Konsultativkomitees „wir kein Material über die Kapitulationsbedingungen Ungarns, Rumäniens und Bulgariens zwecks unseres Verhaltens bekommen haben.“ Die zur Verfügung stehenden Materialien schreiben dasselbe Prinzip für diese Länder wie für Deutschland vor, d. h. die bedingungslose Kapitulation; dadurch wird die Beantwortung der wesentlichen Probleme dieser Länder verhindert, die bereit wären, den Krieg zu beenden. „Die Völker dieser Länder – so setzt der Botschafter fort – haben mit ausserordentlich grosser Befriedigung beobachtet, dass der Meinungsaustausch der Finnen und der Russen sich um jene Realitäten bewegt hat, die durch den Aufenthalt deutscher Truppen in Finnland und durch den der Sowjetarmee an der finnischen Grenze bestimmt sind.“ Endlich richtet er die Aufmerksamkeit darauf, dass bei Fortdauer dieser Situation die Gefahr der Isolierung der amerikanischen

Politik entsteht, die Vereinigten Staaten in bezug auf die genannten Länder bei der Entscheidung auch jener Fragen in den Hintergrund gedrängt werden können, in denen sie direkt interessiert sind.¹⁵

Die englische Regierung kam bis März 1944 noch entschiedener auf den Standpunkt, dass eine Umwertung nötig ist. Ministerpräsident Churchill hatte sich schon früher nicht einmütig für eine Politik der bedingungslosen Kapitulation begeistert. Aller Wahrscheinlichkeit nach war er, wie auch Clausewitz, der Meinung, dass die militärische Strategie den Zielen der Politik dienen muss. Nur so kann man es verstehen, dass er wieder und wieder mit seinem Plan hervortrat: die Westmächte sollten Südost-Europa noch vor der Sowjetarmee besetzen und dann von hier nach Deutschland marschieren. So wollte Churchill den eventuellen sowjetischen Einfluss nach dem Kriege auf diesem Gebiet verhindern, zugleich einen überwiegenden englischen Einfluss sichern und die gegen die revolutionären Kräfte verteidigten Ausbeutersysteme aufrechterhalten. Indem sie eine Politik der bedingungslosen Kapitulation vermied, wollte die englische Führung vor allem zu diesen perspektivischen politischen Zielen in Südost-Europa eine Unterstützung finden.

Der englische Ministerpräsident wurde schon im August 1943 auf die möglichen Nachteile der bedingungslosen Kapitulation aufmerksam. Er wies auf die Sondierungen hin, die in den Ländern der faschistischen Koalition reiften, und teilte seinem Aussenminister mit, dass es unnötig sei, „diesen Prozess durch unablässige Wiederholung der Losung ‚bedingungslose Kapitulation‘ zu demütigen“ — wie er es in einem seiner Bücher schrieb. Dann fuhr er fort: „Solange wir uns verpflichten, uns mit irgendeiner neuen Figur oder Regierung zu verhandeln, wird unser Vorteil zweifellos sein. Insofern wir das vermeiden können, dürfen wir nicht danach streben, dass sie sich alle in irgendeinen starken, verzweifelten Block gegen uns zusammenschliessen, der keine Hoffnung mehr hat.“¹⁶

Damit übereinstimmend und mit Bezug auf die günstige Wirkung der sowjetisch — finnischen Verhandlungen hatte Eden, der britische Aussenminister am 17. März vorgeschlagen, „auf das Prinzip der bedingungslosen Kapitulation, wie es in Casablanca niedergelegt worden ist, im Falle der Satelliten der Achsenmächte zu verzichten, damit die drei Regierungen durch Beratungen und den Umständen entsprechend frei entscheiden können, ob sie in Hinblick auf den Frieden sowie die Friedenssondierungen auf der bedingungslosen Kapitulation bestehen wollen. Im Falle Deutschlands und Japans bleibt das Prinzip der bedingungslosen Kapitulation weiter gültig.“

Der amerikanische Aussenminister, Hull, hatte diesen Vorschlag am 25. März in einem befürwortenden Memorandum an Roosevelt weitergeleitet. „Ich empfehle — schrieb er unter anderen —, uns diesem Vorschlag anzuschliessen, damit wir eine grössere Elastizität den Satelliten der Achse gegenüber erreichen.“ Am Rand des Exemplars machte der Präsident eigenhändig folgende Bemerkung: „Nein — das britische Aussenministerium trat immer dafür ein, und das ist nicht richtig. FDR.“¹⁷

(Franklin Delano Roosevelt — M. K.) Nach einigen Tagen, am 1. April führte der Präsident seinen Standpunkt auch schriftlich aus. „Ich bin der Meinung, dass es ein Fehler wäre, Ausnahmen zu machen. Italien hat bedingungslos kapituliert, zugleich aber erhielt es zahlreiche Privilegien. Das soll auch im Falle der Kapitulation von Bulgarien oder Rumänien oder Ungarn oder Finnland geschehen. Lee hatte sich Grant bedingungslos ergeben, Grant hatte ihm jedoch sofort mitgeteilt, dass seine Offiziere ihre Pferde zum Frühlingsanbau nach Hause bringen dürfen. Diesem Geist möchte ich überall begeben, Deutschland ausgenommen. Deutschland versteht nur eine Sprache.“¹⁸

Während Roosevelt seinen Standpunkt formulierte, kam die Antwort der Sowjetregierung auf Edens erwähnten Vorschlag in Washington an. Der sowjetische Partner hatte darin mit nachdrücklicher Unterstützung des Vorschlages ausgeführt, dass „wie es auch aus den Finnland mitgeteilten sowjetischen Friedensbedingungen klar wurde, hält es die sowjetische Regierung unter gewissen Umständen für möglich, das Prinzip der bedingungslosen Kapitulation bei den Satelliten Deutschlands nicht anzuwenden...“ Es wäre möglich, dass die Anwendung dieses Prinzips „zu keinen positiven, im Gegenteil, zu negativen Ergebnissen führen wird, und die Bände, die die Satelliten an Deutschland knüpfen, nicht geschwächt, sondern befestigt werden...“¹⁹

Aussenminister Hull hatte am 3. April den sowjetischen Standpunkt mit der Bemerkung an Roosevelt weitergeleitet, dass er auch in diesem Falle nach dem auf den britischen Vorschlag bereits formulierten ablehnenden Standpunkt vorgehen wird. „CH OK FDR“ (Cordell Hull, in Ordnung, Franklin Delano Roosevelt) — war die eigenhändige, kurze Antwort des Präsidenten.

Damit war aber der Streit noch nicht beendet. Auch die amerikanischen Aussenpolitiker traten aufs neu in Aktion. Nach den obenerwähnten, erfolglosen Versuchen hatte Bohlen, der Leiter der Sektion für osteuropäische Angelegenheiten im Aussenministerium am 3–4. April nochmals versucht, die Meinung des Präsidenten zu ändern. Über die Begründung des englischen und des sowjetischen Vorschlages hinaus führte er in seinem Memorandum noch aus, die Sowjets würden das (die amerikanische Ablehnung der Vorschläge — M. K.) jedenfalls als einen Beweis dafür betrachten, dass nach unserem Wunsche ihre Truppen bei den Satelliten auf den grössten Widerstand stossen.“²⁰ Auf diesen auch vom Aussenminister unterstützten amerikanischen Vorschlag, nach dem die Politik der bedingungslosen Kapitulation im Falle der Satelliten verändert werden sollte, antwortete Roosevelt am 5. April abermals ablehnend, in den konkreten Fällen der einzelnen Länder jedoch erwies er sich willig, Zugeständnisse zu machen.“²¹

Der amerikanische Aussenminister antwortete am 11. April der sowjetischen und der britischen Regierung diesem Standpunkt entsprechend. „Die Regierung der Vereinigten Staaten kam nach sorgfältiger Überlegung des Vorschlages der britischen Regierung und der diesbezüglichen Auffassung der sowjetischen Regierung zur Schlussfolgerung,

dass eine allgemeine Abweichung von der Doktrin der bedingungslosen Kapitulation prinzipiell nicht wünschenswert ist. Jede prinzipielle Abweichung diene unvermeidlich als Präzedenzfall zu allen Fällen in der Zukunft. Die amerikanische Regierung halte es für richtiger, das allgemeine Prinzip der bedingungslosen Kapitulation unverändert zu lassen und eine Veränderung auf Grund konkreter Fälle zu überlegen. Die amerikanische Regierung... ist bereit, die Veränderung dieses Prinzips im Fall eines jeden Satelliten günstig zu beurteilen, soweit die britische- oder die sowjetische Regierung aus dem Gesichtspunkt der gemeinsamen Sache eine solche Veränderung für vorteilhaft hält.“²²

Die Meinungsverschiedenheit um die Anwendung oder Nichtanwendung der Politik der bedingungslosen Kapitulation wurde damit bei den Alliierten von der Tagesordnung genommen. Die Weise, wie der rumänische Austrittsversuch im Frühling 1944 von sowjetischer Seite beantwortet wurde, ebenso die Diskussion um den gemeinsamen Aufruf, den die Alliierten an die Satelliten richten wollten, lieferte jedoch neue Motivationen für den Wiederbeginn — zwar in anderer Form und mit anderem Ziel — des Meinungsaustausches und für die weitere Modifikation der Rahmen eines Austritts.

Die Austritts Sondierungen Rumäniens waren bei den Westmächten bereits 1943 im Gange ebenso wie die der anderen Verbündeten Deutschlands. Mit diesen Geschehnissen wollen wir uns näher nicht beschäftigen, da sie auf die Hauptlinie der Entwicklung nicht entscheidend wirkten. Das Ziel all dieser Versuche war, die in Krise geratenen Regimes mit Unterstützung der westlichen Alliierten, eventuell mit ihren Besatzungskräften zu retten. Deshalb wollten sie auf alle mögliche Art erreichen, dass ihr Land nicht durch die Rote Armee, sondern durch die Truppen der Westmächte befreit werde. Diese Rettungskräfte der in den osteuropäischen Ländern der faschistischen Koalition bestehenden Regimes spekulierten auf die antisowjetischen Gefühle gewisser führender Kreise in England und in den Vereinigten Staaten. Dieser Weg konnte jedoch zu keiner Haupttendenz der Entwicklung im Schicksal dieser Völker werden. Das war nicht möglich, auch wenn Churchills verschiedene Balkanpläne diese Lösung förderten. Die Kohäsionskraft der antifaschistischen Koalition erwies sich stärker als die genannten Strebungen. Im Falle Rumäniens stellte es sich besonders früh heraus und beginnend mit Anfang 1944 bedeutete es auch einen starken äusseren Antrieb für den nüchternen Teil der rumänischen herrschenden Kreise, die einzige mögliche Realpolitik früher zu erkennen: d. h. um einen Waffenstillstand müsse man sich der Sowjetunion zuwenden, da Rumänien gegen sie den Krieg führt und zuerst die sowjetischen Truppen rumänischen Boden betreten werden.

Im November 1943 hat der amerikanische Botschafter in Madrid auf die rumänischen Aussprungs Sondierungen noch das Folgende geantwortet: „Rumänien könnte die Besatzung des ganzen Landes durch die Sowjetarmee nur dann vermeiden, wenn Mihai Antonescu (der rumänische Aussenminister — M. K.) der Regierung der Vereinigten

Staaten offiziell eine Deklaration über die bedingungslose Kapitulation sendete“.²³ Im Januar 1944 müssen die englische, sowie die amerikanische Regierung bereits die Folgen der Tatsache anerkennen, dass Rumänien von den im Kriegszustand stehenden Staaten nur gegen die Sowjetunion Kriegsoperationen ausführt und diese bereits in der Nähe seiner Grenzen. Eine englische Note vom 16. Januar 1944 teilt der Sowjetregierung das Folgende mit: Die englische Regierung „anerkennt in vollem Masse – da die militärischen Hauptschläge Rumäniens sich gegen die sowjetischen Truppen richten und anscheinend die sowjetischen Streitkräfte unter den alliierten Kräften als erste Rumänien erreichen werden – dass die Sowjetierung die Hauptrolle bei der Entscheidung spielen wird, was für Waffenstillstandsbedingungen für die Rumänen bestimmt werden sollen.“²⁴

Dieser Standpunkt machte den westlichorientierten Austritts versuchen Rumäniens ein Ende. Die westlichen Alliierten wiesen die rumänischen Delegierten an, mit der Sowjetunion zu verhandeln. So kam es dazu, dass Mitte März 1944 in Kairo Rumäniens Vertreter sich auch mit der Sowjetregierung um die Waffenstillstandsbedingungen in Kontakt setzten.

Die Rote Armee hatte inzwischen (Anfang April) Rumäniens Boden betreten und dort gegen die vereinigten deutschen und rumänischen faschistischen Kräfte gekämpft. Die Sowjetregierung gab aus dem Anlass, dass die Rote Armee den Feind verfolgend zum ersten Mal fremdes, und zwar feindliches Gebiet betrat, eine Erklärung ab über ihre Kriegsziele in dem jenseits der sowjetischen Grenzen geführten Krieg. Die Sowjettruppen haben in Verfolgung „der deutschen Armee und der mit ihr verbündeten rumänischen Truppen... den Boden Rumäniens betreten. Das Oberkommando der Roten Armee – lautet die Erklärung vom 2. April 1944 – hat den vordringenden sowjetischen Einheiten befohlen, den Feind bis zu dessen Zerschlagung und Kapitulation zu verfolgen. Die sowjetische Regierung erklärt zugleich, dass sie sich nicht das Ziel gesteckt hat, irgendwelches rumänisches Gebiet zu annektieren oder die bestehende gesellschaftliche Ordnung in Rumänien zu verändern; und dass die sowjetischen Truppen ausschliesslich unter dem Zwang der militärischen Notwendigkeit und des andauernden Widerstandes der feindlichen Truppen den Boden Rumäniens betreten.“²⁵

Auch enthielt diese Regierungserklärung sehr hoffnungsvolle Elemente in bezug auf die Möglichkeiten der weiteren rumänischen Politik. Anstatt der Forderung einer bedingungslosen Kapitulation erklärt sie nämlich, dass die Rote Armee nicht mit dem Ziel komme, das bestehende rumänische Gesellschaftssystem zu verändern. Neben dieser eindeutigen, für das rumänische Volk, für die rumänische Nation günstigen Verkündung war die Sowjetregierung bereit, sich auch mit der rumänischen Regierung in Verbindung zu setzen, obwohl sie „wenig Hoffnung“ hatte über die wirklichen Austrittsabsichten der Antonescu-Regierung, dennoch wollte sie auch die geringsten Möglichkeiten ausnützen, um den Krieg mit Rumänien und das Blutvergiessen zu beenden. Darum hatte

der sowjetische Partner am 12. April 1944 in Kairo den Vertretern der rumänischen Regierung die mit der englischen und amerikanischen Regierung in Einklang gebrachten und aus 6 Punkten bestehenden Bedingungen übergeben:

„1. Bruch mit den Deutschen; die rumänischen und die alliierten Truppen – darunter auch die Rote Armee – kämpfen gemeinsam gegen die Deutschen, für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Rumäniens.

2. Wiederherstellung der sowjetisch – rumänischen Grenze gemäss dem Vertrag von 1940.

3. Vergütung jener Schäden, die der Sowjetunion durch die militärische Tätigkeit Rumäniens und durch die Besetzung sowjetischer Gebiete verursacht worden sind.

4. Freilassung aller sowjetischen und alliierten Kriegsgefangenen und Internierten.

5. Auf dem Gebiet Rumäniens Bewegungsfreiheit für die Sowjettruppen, die anderen alliierten Truppen in allen Richtungen, wenn die militärische Lage es erfordert; die rumänische Regierung hat dabei mit eigenen Verkehrsmitteln zu Wasser und zu Lande, sowie in der Luft allseitig mitzuwirken.

6. Die Sowjetregierung ist damit einverstanden, dass der Schiedsgerichtsentscheid über Siebenbürgen ungültig ist und wird die Befreiung Siebenbürgens fördern.“²⁶

In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse kann man sagen, dass die Bedingungen der Sowjetregierung für Rumänien sehr günstig waren. Sie bewiesen keineswegs, dass die Sowjetunion die bedingungslose Kapitulation verlangte. Die Antonescu-Regierung hatte sie trotzdem zurückgewiesen und hielt das Bündnis mit den deutschen Faschisten weiterhin aufrecht.

In Mai 1944 wurden die Austrittsmöglichkeiten der Satelliten weiter modifiziert, als die alliierten Grossmächte einen Aufruf an diese Länder zusammenstellten und veröffentlichten.

Das finnische Ansuchen für einen Waffenstillstand, die ähnliche Versuche der anderen Länder, *vor allem* aber die deutsche Besetzung Ungarns veranlassten die drei Grossmächte an Hitlers Satelliten eine Deklaration zu richten, „damit die gegenwärtigen Geschehnisse in diesen Ländern zum Vorteil der Alliierten gestaltet werden können.“ So hatte der amerikanische Aussenminister seinen Vorschlag vom 28. März 1944 begründet. „Die kleinen Satelliten der Achse sollen durch diese Deklaration angeregt werden, aus dem gegen die Alliierten geführten Krieg auszutreten und ihre Streitkräfte möglicherweise gegen die Deutschen zu wenden.“²⁷

Der ersten amerikanischen Vorstellung nach sollte *diese Deklaration sehr hart* sein und *auch die Formel „bedingungslose Kapitulation“* enthalten. Nach gewissen, für glaubwürdig erscheinenden Quellen aber hatten sie es fallen lassen, und zwar auf Stalins Forderung.²⁸ Der amerikanische Entwurf enthielt dennoch zahlreiche Thesen, die die harte

Politik dokumentierten. Den Ländern zum Beispiel, die mit Hitler noch nach diesem Aufruf nicht brechen, wurde das Recht für eine selbständige staatliche Existenz und für die Wahl der eigenen Regierung, sowie „die Aussichten... für die Erhaltung der ihnen gehörenden Gebiete“ mit einem Fragezeichen versehen.²⁹

Diese Merkmale des amerikanischen Deklarationsentwurfes lösten auch bei der englischen Regierung berechtigte Besorgnis aus. Die Veröffentlichung der Deklaration wurde eben auf das Ersuchen des englischen Kabinetts verschoben. In einer am 27. April 1944 Molotow übergebenen Note macht die englische Regierung die folgenden Bemerkungen: die englische Regierung sieht einen Widerspruch darin, dass das Prinzip der bedingungslosen Kapitulation beibehalten wird, trotzdem man sich mit einer Deklaration an die kleineren Achsenländer wendet. Das britische Kabinett „nehme es sehr gerne, wenn es endlich den notwendigen Bewegungsraum bekommen könnte, um sein Propaganda in diesen Ländern auszuüben. Darum haben wir den britischen Botschafter in Washington angewiesen, zu betonen, dass die Sowjetregierung in Einverständnis mit meiner Regierung in bezug auf Finnland das Prinzip der bedingungslosen Kapitulation nicht angewandt hatte und keine Absicht habe, das auch im Falle Rumäniens anzuwenden. Meine Regierung ist in beiden Fällen der Meinung, dass die Propaganda sich der Praxis anzupassen hat. In bezug auf Ungarn und Bulgarien ist es wichtig, dass die Propaganda der Alliierten sich nach der Ermutigung des aktiven Widerstandes gegen die Deutschen und nach der vollständigen Wirkung der vorgeschlagenen Dreimächtedeklaration richte. Darum hofft es meine Regierung, die amerikanische Regierung werde damit einverstanden sein, dass es *zwecklos ist*, in der Propaganda der Alliierten gegenüber diesen Ländern *noch weiter an das Prinzip der bedingungslosen Kapitulation zu appellieren*, ob zwar die öffentliche Verleugnung dessen auch zu vermeiden ist.“³⁰ (Hervorhebungen von mir. — M. K.)

Unter der Wirkung dieses — seiner Wichtigkeit wegen ausführlich zitierten — englischen Standpunktes und der inzwischen, am 1. Mai 1944 erlassenen, auch die Satelliten betreffenden sowjetischen Erklärung³¹ stimmte die amerikanische Führung zu, dass die Deklaration etwas milder und ermutigend abgefasst werde, so, wie sie endlich am 13. Mai auch veröffentlicht wurde.³² Die Deklaration an Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland wies darauf hin, dass die vollkommene Niederlage des faschistischen Blocks unvermeidlich sei. Darum rief sie diese Länder auf, mit Deutschland zu brechen und sich gegen die Deutschen zu wenden. Dadurch könnten die Beendigung des Krieges beschleunigt, die Leiden und Opfer der Völker vermindert, ihre eigene Verantwortung für den Krieg verringert werden. Auch zum Sieg könnten sie dadurch beitragen. Im Gegenfall würden die Bedingungen des späteren Kriegsaustritts nur erschwert werden.³³

Wenn auch nicht grundsätzlich, doch für die praktische Politik wurde die Forderung der bedingungslosen Kapitulation in bezug auf die genannten Verbündeten Deutschlands mit dieser Deklaration bei allen drei

Grossmächten von der Tagesordnung genommen. Nach der Deklaration war die bedingungslose Kapitulation als praktisches Ziel über das Prinzip hinaus nur in bezug auf Deutschland und Japan geblieben.

*

Unter der Wirkung der genannten Standpunkte wurde auch die gegenüber den mit Deutschland verbündeten Ländern ausgeführte Propaganda verändert. Das wird auch dadurch bezeugt, dass Hull, der amerikanische Aussenminister den erwähnten englischen Vorschlag sofort nach dessen Erhalt einer neuen Entscheidung wegen dem Präsidenten weiterleitete. „Die englische Regierung hält es für wichtig, dass die gegenüber den Satelliten ausgeführte Propaganda jetzt verstärkt werde und die Benutzung der Formel ‚bedingungslose Kapitulation‘ — mit besonderer Rücksicht auf Ungarn und Bulgarien — von jetzt an weggelassen werde, obwohl natürlich vermieden werden soll, auf das allgemeine Prinzip zu verzichten.“³⁴ Die Antwort des Präsidenten ist auch hier eine eigenhändige Bemerkung auf dem von ihm gelesenen Exemplar: „CH OK FDR“. (Cordell Hull, in Ordnung, F. D. Roosevelt.)³⁵

Nach alledem wird nicht ohne Interesse sein zu untersuchen, warum der praktische Verzicht auf die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation, „mit besonderer Rücksicht auf Ungarn und Bulgarien“, für die englische Führung so wichtig war. Das war nur formell identisch mit der ähnlichen sowjetischen Bestrebung, inhaltlich und dem Ziele nach aber dieser gerade entgegengesetzt.

Mitte April 1944 wurde ein Dokument unter dem Titel „Die englischen Interessen in Südost-Europa“ fertig, das in der Form eines Memorandums in bezug auf die verschiedenen Wichtigkeitsgrade und die Reihenfolge der britischen Interessen Stellung nahm. In dieser Analyse wird daraus ausgegangen, dass „Südost-Europa für England eine besondere historische und geographische Bedeutung hat. Der Weg nach dem Nahen Osten führt hier durch... Also, wenn eine rivalisierende Macht (d. h. die Sowjetunion — M. K.) faktisch über Südost-Europa herrsche, das bedeute eine unmittelbare Bedrohung unserer Grundinteressen.“ Die ganze Zusammenfassung ist von diesem antisowjetischen Geist durchdrungen. Angenommen die fast eingetretene Tatsache, dass ganz Rumänien durch die Sowjetarmee befreit wird, und in Anbetracht des sowjetischen Vorschlages, dass die drei Grossmächte Österreich gemeinsam besetzen sollen, verteilt dieses Dokument die britischen „Verpflichtungen“ in Südost-Europa auf zwei Teile: auf „unvermeidliche“ und „erwünschte“ Verpflichtungen. Zu den ersteren werden gezählt: die gemeinsame Besetzung Österreichs, die Besetzung der Inselgruppe Dodekanesos und die in Griechenland zu erfüllenden politischen und militärischen Aufgaben. Dem Entwurf nach diene diese Griechenland als Basis der eventuellen militärischen Verpflichtungen in Bulgarien und Sicherung der Eisenbahnverbindung mit Jugoslawien.

Zu den „erwünschten“ Verpflichtungen gehören: Erstens, die Kontrolle des nordöstlichen italienischen Grenzgebietes für die Aufrechterhaltung der Verbindung mit Österreich und für die Verhinderung eines möglichen Grenzkonfliktes zwischen Italien und Jugoslawien.

Zweitens: die Aufgaben in Bulgarien. Wenn Bulgarien aus dem Krieg austritt, bevor es von der Front erreicht wäre, würde die militärische Besetzung des Landes vermeidlich werden, da die Sowjetunion mit Bulgarien in keinem Kriegszustand steht. Im Gegenfall scheint es aber unvermeidlich, dass die Sowjettruppen bulgarischen Boden betreten und an den dortigen Kämpfen teilnehmen. „Es steht in unserem Interesse, die Ausdehnung des sowjetischen Einflusses in der Richtung auf die Dardanellen und auf das Mittelmeer zu verhindern. Daher schlagen wir vor, auf Grund britischer Teilnahme an dem Kontrollmechanismus der Alliierten in Bulgarien, britische Kräfte nach Bulgarien zu schicken, um a) mit der Teilnahme an der dortigen zufälligen militärischen Besetzung ‚unsere Fahne fliegen zu lassen‘, b) in diesem Teil Europas die britischen Interessen demonstrieren zu können und c) für den Notfall zu sichern, dass die bulgarischen Streitkräfte die gegenwärtig in ihren Händen befindlichen griechischen und jugoslawischen Gebiete räumen und nicht wieder besetzen werden.“

Drittens: Die Förderung der Wiederherstellung des unabhängigen albanischen Staates macht es vielleicht notwendig, dass in diesem Land englische Truppen stationiert werden.

Viertens: „*Ungarn*. Es gelten dieselben Überlegungen wie im oberen Punkt. (Über Bulgarien – M. K.) Politische Ursachen begründen, dass wir in Ungarn mindestens ‚unsere Fahne fliegen lassen‘, zwar das kann man praktisch auch durch Hinschicken ‚symbolischer Kräfte‘ verwirklichen.“³⁶

Diese den englischen Interessen entsprechende Vorstellung und dieser Entwurf beweist deutlich, dass die englische Regierung durch den Übertritt Bulgariens und Ungarns, auf Grund ausgehandelter Bedingungen ihre eigenen Reichsinteressen sichern wollte. All das in einem Zeitpunkt, als gemäss realer Rechnungen man schon vorsehen und planen konnte, dass die Sowjettruppen Ungarn befreien werden. Das anerkennt auch der Entwurf, als er den sowjetischen Vorschlag in bezug auf die gemeinsame Besetzung Österreichs annimmt. Dieser in dem Europäischen Konsultativkomitee vorgelegte Vorschlag hatte logisch auch die Tatsache enthalten, dass nach Ungarn Sowjettruppen kommen werden, dieses Land also nicht unter gemeinsame Kontrolle gestellt wird. So hatte auch der amerikanische Aussenminister die Lage beurteilt, der in seinem Telegramm vom 2. Juni 1944 dem amerikanischen politischen Ratgeber des Alliierten Mittelmeer-Oberkommandos Direktiven mitteilte. Darin wurde festgelegt, dass die Vereinigten Staaten – da sie in Rumänien keine militärischen Verpflichtungen haben – es auch nicht notwendig halten, in Zusammenhang mit den zivilen Angelegenheiten oder mit der Besetzung dieser Länder Direktiven zu geben. „Was Ungarn und Rumänien betrifft – betont er –, denken

die Vereinigten Staaten nicht daran, sich in der Administration der Besetzung Verbindungen oder militärische Vertretung zu sichern; diese Administration wird möglicherweise durch die Sowjettruppen ausgeübt werden.“³⁷

Der Standpunkt der amerikanischen Regierung wich von dem Standpunkt Englands nicht nur deswegen ab, weil Washington auf dem Balkan uninteressiert war, sondern auch deswegen, weil die amerikanische Regierung die ganze britische Balkanpolitik so beurteilte, das „sie sich offenbar dazu richtet, die Ausgestaltung von Einflusszonen auf dem Balkan zu ermöglichen“. Der amerikanische Aussenminister hatte in seinem Brief vom 22. Juni 1944 darüber hinaus auch die Meinung formuliert, dass er mit dieser englischen Politik nicht einverstanden sei.³⁸

Wegen der englischen Vorstellungen über die Aufteilung des Balkans entstand ein gewisser politischer Konflikt zwischen der britischen und der sowjetischen Führung.³⁹ Am 12. Juli 1944 schlug Churchill Stalin auch schriftlich vor in Rumänien die sowjetische, in Griechenland aber die britische Initiative und Leitung anzuerkennen. Er informierte seinen sowjetischen Kollegen auch darüber, daß Roosevelt „nach einem kurzen Disput zustimmte, unsere Vorstellung in Form eines dreimonatigen Experiments zu verwirklichen.“⁴⁰ Stalin beantwortete Churchills Vorschlag abermals ausweichend. „Betreffs Rumäniens und Griechenlands ist es nicht notwendig, hier zu wiederholen, was Sie aus dem Notenwechsel unseres Londoner Botschafters und Herren Eden schon wissen. Eins ist für mich klar – schrieb Stalin –, dass nämlich die Vereinigten Staaten manche Besorgnisse in dieser Frage haben, weshalb es besser ist, wenn wir darauf zurückkehren, als wir auf unser Ersuchen die amerikanische Antwort bekommen.“⁴¹

Die selbständige politische Bestrebung Englands in Südost-Europa wurde also nicht von der Tagesordnung genommen. In Form gewisser diplomatischer Machinationen wurde sie sogar in bezug auf Bulgarien und Ungarn noch lebhafter.

Was Ungarns Austritt betrifft, erschwerten und verzögerten die Versprechungen und die antisowjetisches Verhalten inspirierenden, die Anhänger Horthys ermutigenden politischen Schritte Englands die reale Erkenntnis der Lage bei jenen Kreisen, die die Niederlage schon klar voraussahen und an den Austritt dachten. D. h., dass es unmöglich ist, ohne die Sowjetunion, noch weniger gegen die Sowjetunion aus dem Krieg zu treten, sondern, im Gegenteil, dass der Austritt vor allem mit der Unterstützung der Sowjetunion auszuführen ist. Diese besondere Lage des Landes unterschied sich wesentlich von der Rumäniens, da die an den Austritt denkenden rumänischen herrschenden Kreise bereits vom Anfang 1944 an nach Mitteilungen der Westmächte keine andere reale Möglichkeit hatten als um einen Waffenstillstand sich an die Sowjetunion zu wenden. Für Ungarn und Bulgarien gestaltete sich die direkte Politik der Grossmächte so, dass in der ernstesten Zeit, als ihre Austrittsabsichten reiften, gewisse Kreise der

einen Grossmacht, nämlich Englands, zugleich ein antisowjetisches und ein deutschfeindliches Verhalten inspirierten, während die amerikanischen Diplomaten die bedingungslose Kapitulation wiederholten. Das alles rief in den herrschenden Kreisen Ungarns eine blasse Hoffnung und zugleich eine schreckliche Angst hervor; so waren sie in ihrer unbeholfenen Borniertheit noch weniger fähig, die einzige reale Möglichkeit und die auch dem wirklichen Interesse des Landes dienende sowjetische Absicht zu erkennen.

Es folgt aus den bisher Gesagten, dass für die kleineren Länder des faschistischen Blocks sich die allgemeinen politischen, gesellschaftlichen, staatspolitischen und militärischen Rahmen und Erfordernisse des Austritts, bzw. des Übergehens an die Seite der Alliierten bis zum Sommer und Frühherbst des Jahres 1944 in den Kriegszielsetzungen der antifaschistischen Grossmächte aus gestalteten. Ebenso begannen sich auch die möglichen Wege und Formen des Übergehens zu zeigen. Da Ungarn das letzte Land war, das sich von Hitler-Deutschland trennte, und die Wege und Formen des Austritts der nacheinander austretenden Satelliten Ungarn ein mehr oder weniger abgenütztes Beispiel lieferten, müssen wir aus dem Gesichtspunkt des ungarischen Austritts die Besonderheiten des Übergehens dieser Länder einzeln und kurz ins Auge fassen.

*

Von Bulgarien, Finnland, Ungarn und Rumänien, die 1944 noch im deutschen Bündnis waren (die Marionettenstaaten Kroatien und Slowakien nicht eingerechnet), war Rumänien das erste Land, das austrat und an die Seite der antifaschistischen Koalition übergang.

Im Sommer 1944 entstand im Nachbarstaat Rumänien eine politische und militärische Lage, die unter der Wirkung der Siege der antifaschistischen Koalition, vor allem der Sowjetunion, für den antifaschistischen bewaffneten Aufstand reif wurde. Die Rote Armee zerschlug im August 1944 in den auf rumänischen Boden ausgeführten Kämpfen den grössten Teil der deutschen faschistischen Truppen in Rumänien und ermöglichte, dadurch dass die bis zu diesem Zeitpunkt gereiften inneren antifaschistischen und revolutionären Kräfte, sich auf den weiteren Vormarsch der Sowjettruppen stützend, den Umsturz des faschistischen Antonescu-Regimes mit einem bewaffneten Aufstand herbeiführten.

Vom Herbst 1943 an vereinigten sich die antifaschistischen revolutionären Kräfte des rumänischen Volkes immer mehr unter der Leitung der Kommunistischen Partei Rumäniens. Im November 1943 wurde die Vaterländische Front ins Leben gerufen, in welche die KPR, die von Petru Groza geleitete Pflugfront, der Bund der Partioten, die Sozialistische Bauernpartei und der Verband der Ungarischen Werktätigen gehörten.⁴² Diese Vereinigung wurde in April wesentlich verstärkt, weil die beiden Arbeiterparteien, die KPR und die Sozialdemokratische Partei eine antifaschistische Arbeitereinheitsfront schufen, die die Hegemonie

der Arbeiterklasse in der antifaschistischen Widerstandsbewegung sicherte.⁴³

Inzwischen mussten die angelsächsisch orientierten bürgerlichen Parteien und die Hofkreise, die zur Rettung des Regimes ihre Politik früher auf die Balkanlandung der Alliierten gegründet hatten, auch auf das Drängen der Alliierten einsehen, dass Rumänien nur dann aus dem verlorenen Krieg austreten könne, wenn das Land sich an die Sowjetunion wendet. Ein Teil der herrschenden Kreise und auch die bürgerlichen Parteien wurden also durch die internationale Lage, vor allem durch die Erfolge der Sowjettruppen, sowie durch die kritische innenpolitische Lage dazu reif, um einerseits mit der Sowjetunion ernst zu verhandeln, andererseits die Kommunistische Partei anzuerkennen und mit ihr als mit einem starken Partner zu verhandeln und zu rechnen. Als Ergebnis dieser letzteren Überlegung, im Juni 1944 schlossen die beiden bürgerlichen Parteien, die Nationale Bauernpartei und die Nationale Liberale Partei mit der KPR und mit der Rumänischen Sozialdemokratischen Partei zur Schaffung eines Nationalen Demokratischen Blocks ein Abkommen. Dieser Block veröffentlichte ein antifaschistisches und demokratisches Minimalprogramm, dessen Hauptforderungen waren: unverzüglicher Waffenstillstand mit den Alliierten und Übergehen an ihre Seite, Befreiung des Landes von der deutschen Besetzung, Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit und Selbständigkeit, Liquidierung des faschistischen Regimes und Bildung einer neuen, verfassungsmässigen, demokratischen Regierung, die sich auf alle, Freiheit und Recht geniessenden Bürger des Landes stützt.⁴⁴

Im Laufe der Vorbereitungen des bewaffneten Aufstandes war es von grosser Bedeutung, dass es gelang, einen bedeutenden Teil der Armee auf die Seite der patriotischen Kräfte zu stellen. Im Juni 1944 wurde aus diesen und aus den Vertretern des königlichen Hofes ein Militärausschuss zur Organisierung der patriotischen Verbände und zur Konzentrierung der militärischen Kraft aufgestellt.

Der bewaffnete Aufstand wurde auf jenen Zeitpunkt geplant, als die Offensive der Sowjettruppen nach den Sommervorbereitungen im Lande wieder beginnt. Sonst hätten sie den Kampf gegen die starke deutsche Armee mit schlimmerer Aussicht aufnehmen können. In Rumänien stand eine deutsche Armee von 556 000 Mann gegenüber der 2. und 3. Ukrainischen Front, in anderen Gebieten des Landes waren 57 000 deutsche Soldaten im Hinterlanddienst beschäftigt. Von diesen waren insgesamt 11 000 Soldaten in Bukarest und Umgebung.⁴⁵ Bei Beginn des bewaffneten Aufstandes hatten die Aufständischen in der rumänischen Hauptstadt eine Kampfgruppe von 2000 Patrioten und eine militärische Kraft von 8515 Mann.⁴⁶ Gegenüber den deutschen Hinterlandskräften (57 000 Mann) stand eine rumänische Hinterlandarmee von 385 000 Mann⁴⁷ und es war voraussichtlich, dass sie sich gegen die Deutschen wenden wird, wenn — und das betraf hauptsächlich die Offiziere — der bewaffnete Aufstand in Einverständnis mit dem königlichen Hof, mit dessen entschiedenen Massnahmen durchgesetzt wird.

Daraus folgt, dass Bukarest, die Hauptstadt des Landes der geeignetste Schauplatz des Aufstandes und Übergehens war. Die Kraftverhältnisse im Hinterland zeigten eine mindestens sechsfache rumänische Überlegenheit. Die deutsche Heeresleitung rechnete mit einer solchen Wendung überhaupt nicht. Die für den rumänischen Aufstand günstige Verteilung der Hinterlandskräfte weist jedenfalls darauf.

Die Offensive der 2. und 3. Ukrainischen Front begann am 20. August und hatte einen schnellen Erfolg. Die Sowjettruppen hielten die ihnen gegenüberstehende deutsche Armee nicht nur ganz fest, sondern bereiteten ihr binnen einigen Tagen auch eine katastrophale Niederlage bei.⁴⁸

Diese Armee konnte also den Erfolg des rumänischen bewaffneten Aufstandes nicht mehr verhindern. Nach dem erfolgreichen sowjetischen Angriff, am 23. August, in den Abendstunden begann der bewaffnete Aufstand, der die Antonescu-Regierung stürzte und ermöglichte, dass die neue Regierung die notwendigen Massnahmen für den Austritt aus der deutschen faschistischen Koalition und für das Übergehen an die Seite der Alliierten verwirklichen könne. Der königliche Hof und die reaktionären Kräfte der Regierung versuchten inzwischen den freien Abzug der deutschen Truppen zu gewähren, um gegen die Deutschen nicht mit Waffen auftreten zu müssen. Die faschistischen deutschen Militärführer versprachen tückisch den Abzug, traten jedoch sofort mit Waffen gegen das Übergehen auf.⁴⁹ So dehnte sich der bewaffnete Aufstand auf das ganze Land aus; die übergegangenen rumänischen Kräfte nahmen bis 31. August, als die Sowjettruppen nach der Vernichtung der 556 000 Mann starken deutschen Armee in Bukarest einmarschierten, 53 000 deutsche Soldaten und Offiziere gefangen und töteten mehr als 5000.⁵⁰ Der bewaffnete Aufstand war ganz rumänische Initiative, weder mit der Sowjetregierung noch mit den Sowjettruppen wurde im voraus ein Kontakt aufgenommen.⁵¹ Die Rumänen hatten sich „nur“ auf die Offensive der Roten Armee gestützt. Der Ausbruch dieses für „unerwartet“ und „unorganisiert“ erscheinenden Aufstandes wurde doch dadurch vorbereitet, dass in Bukarest der Standpunkt der Sowjetregierung auf Grund der in April geführten Verhandlungen schon bekannt war und auch in Betracht gezogen wurde.

Das Horthy-Ungarn trat mit militärischer Kraft gegen den Austritt Rumäniens auf, mit der Begründung, dass rumänische Truppen in den nördlichen Teil Siebenbürgens eingebrochen waren. Die Lakatos-Regierung meldete das am 7. September, worauf das rumänische Aussenministerium antwortete, dass der Kriegszustand zwischen Rumänien und Ungarn sich eingestellt hat.⁵²

Die erste Äusserung der rumänischen Wendung war die Regierungsdeklaration der neuen Regierung in der Nacht vom 23. auf den 24. August, die über den Umsturz der Antonescu-Regierung und über die Aufstellung der neuen, sich auf den Nationalen Demokratischen Block stützenden Regierung informierte. Das Ziel dieser Regierung war —

laut der Deklaration – das Land aus dem Bündnis mit Deutschland zu führen, Rumäniens Unabhängigkeit wiederherzustellen und für die Befreiung des ganzen Landes zu kämpfen. Im weiteren wurde mitgeteilt: „Eine der ersten aussenpolitischen Massnahmen der Regierung ist die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen der Vereinigten Nationen.“⁵³ Sowjetische Historiker bewerten diese Erklärung als die Annahme der Vorbedingungen vom April.⁵⁴

Die sowjetische Regierung und das Oberkommando unterstützten die rumänische Erklärung mit einer Stellungnahme identischen Inhalts, die in der Nacht vom 24. auf den 25. August veröffentlicht wurde. Sie hatte die vorher ausführlich behandelte Deklaration der Sowjetunion vom 2. April 1944 über ihre Politik in bezug auf Rumänien bestätigt. Es wurde festgestellt, dass die Rote Armee ihren Angriff in Rumänien gegen den Feind fortsetzen werde, ferner wurde versprochen, die rumänischen Truppen nicht zu entwaffnen, insofern sie gegen die Rote Armee die Operationen einstellen und gegen Deutschland und seine Verbündeten in den Kampf gehen. Zuletzt wurde auch als Vorbedingung des Waffenstillstandes vorgeschrieben: „Das einzige Mittel zur schnellen Einstellung der Feindseligkeiten auf rumänischem Gebiet und zum Abschluss des Waffenstillstandes mit den Alliierten ist, dass die rumänischen Truppen den Einheiten der Roten Armee zur Liquidierung des deutschen Heeres Hilfe leisten.“⁵⁵

Die rumänische Regierung erteilte inzwischen auch auf diplomatischem Weg Informationen über die Wendung in Rumänien und wandte sich um den Waffenstillstand zu den alliierten Grossmächten. Die Führung der Waffenstillstandsverhandlungen mit Rumänien kam – nach italienischem Muster – in die Hände der Regierung, deren Armee das Land befreite. Der Ort der Verhandlungen wurde Moskau. Zur Unterzeichnung des rumänischen Waffenstillstandsabkommens kam es am 13. September 1944 (mit dem Datum vom 12. September), nach mehr als zweiwöchiger vorbereitender Arbeit der alliierten Grossmächte; indessen wartete die rumänische Waffenstillstandsdelegation ungeduldig in Moskau.⁵⁶

Das Abkommen ist ein sehr wichtiges Grunddokument Rumäniens welches auch die spätere internationale antifaschistische Rolle des Landes bestimmt. Darin wird betont, wie wichtig es für Rumänien sei, aus der faschistischen Koalition auszutreten und den Krieg gegen sie in Gang zu setzen. Im Abkommen wurde Rumänien verpflichtet, an dem antifaschistischen Kampf mit nicht weniger als 12 Divisionen teilzunehmen, um die volle Befreiung des Landes und die Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit womöglichst bald zu erreichen. Von prinzipieller Bedeutung ist im Abkommen der Punkt, wonach Rumänien als Anerkennung für den Beitrag zum antifaschistischen Kampf die der Sowjetunion verursachten Schäden nicht restlos vergüten müsse. Die Summe wurde im Abkommen mit 300 Millionen Dollar festgelegt, die in 6 Jahren in Waren zu bezahlen waren.

Ausser den militärischen Vorschriften spielen vor allem jene Punkte des Abkommens in dem innerpolitischen Leben des Landes eine grosse Rolle, die die antifaschistischen Aufgaben bestimmten, z. B.: die deutschen und die rumänischen faschistischen und halbfaschistischen, politischen, militärischen oder paramilitärischen Organisationen, Parteien usw. sind zu verbieten, ihre Tätigkeit in der Zukunft ist zu verhindern, die Propaganda gegen die antifaschistische Koalition einzustellen, die im Gefängnis leidenden Antifaschisten müssen freigelassen und rehabilitiert, die Diskriminationsgesetze und Verordnungen für ungültig erklärt werden, die faschistischen Kriegsverbrecher sind vor Gericht zu stellen, usw.

Diese Vorschriften entsprechen jenen Vereinbarungen von allgemeiner Bedeutung, die im Oktober 1943 in Moskau auf der Konferenz der Aussenminister in bezug auf die italienische Frage getroffen wurden.

Das Dokument schrieb vor, dass auf den, 50–100 km hinter der Front liegenden Gebieten die Ziviladministration wiederhergestellt wird, obwohl sie die sowjetischen Anweisungen im Interesse des Friedens, der Sicherheit und der Verwirklichung des Waffenstillstandes auch in der Zukunft zu erfüllen habe. Die sowjetische Militäradministration, die sonst nur im Interesse der Kriegsführung und der Armee eine allgemeine Führungs- und Kontrollfunktion ausgeübt hatte, beendete somit ihre Arbeit. Diese Massnahme wies darauf hin, dass die Sowjetunion die Souveränität Rumäniens stufenweise wiederherstellen und respektieren wollte.

Das Dokument bestimmt, dass wegen der Regelung der Verwirklichung und des Kontrolls des Abkommens eine Alliierte Kontrollkommission aufgestellt werden müsse. Es ist nicht ohne Interesse, den Streit unter den Alliierten um dieses Organ kurz zu schildern. Auch liessen die englisch-amerikanischen Partner den sowjetischen Delegierten keinen Einspruch in die Arbeit der in Italien tätigen Alliierten Kontrollkommission. Dennoch wollten sie bei den rumänischen Waffenstillstandverhandlungen erreichen, dass in der Kontrollkommission die Delegierten der drei Grossmächte die gleichen Rechte geniessen. Der sowjetische Partner musste am Ende 1943 und im Jahre 1944 die italienische Praxis anerkennen, weil dort in erster Linie die Interessen der englischen und der amerikanischen Armee dominierten. Die Sowjetunion wollte jetzt in Rumänien, für die eigene Armee, dieselbe Praxis gelten lassen. Im Laufe der Diskussionen, in einer Sitzung am 10. September stellte Aussenminister Molotov unter Hinweis auch auf die italienische Praxis fest: „... Die Exekutivfunktionen der Kontrollkommission stehen den sowjetischen Delegierten zu, die über eine entsprechende Exekutivorganisation verfügen. Er sagte – zitiert Harriman, der amerikanische Botschafter in einem Brief an den eigenen Aussenminister –, dass die Aufgabe der in der Kontrollkommission tätigen anderen Delegierten ähnlich sei zu der des in der italienischen Kontrollkommission tätigen sowjetischen Beauftragten und bestehe in der Aufrechterhaltung

der Verbindungen zwischen den betroffenen Regierungen und der Kontrollkommission.⁵⁷

Die Diskussion wurde gemäss dem sowjetischen Standpunkt entschieden. Das hatte eine grundsätzliche und später auch praktische Bedeutung, weil – wenigstens während des Krieges – auch die finnische, sowie die bulgarische und die ungarische Kontrollkommission der Alliierten eine ähnliche Aufgabe und Führung hatte.

Das mit Rumänien abgeschlossene Waffenstillstandsabkommen wurde im Namen der drei alliierten Grossmächte durch den Befehlshaber der 2. Ukrainischen Front, den am 10. September 1944 zum Marschall beförderten R. J. Malinowskij unterschrieben, der später auch Vorsitzender der Alliierten Kontrollkommission in Rumänien wurde.⁵⁸

Die allgemeinen Grundsätze, sowie auch die praktischen, militärischen politischen und wirtschaftlichen Vorschriften des rumänischen Waffenstillstandsabkommens dienten für den Waffenstillstand mit den anderen Hitler-Verbündeten als Muster.⁵⁹

Die progressiven Kräfte Rumäniens stützten sich auf die grundsätzlich und praktisch bedeutenden Thesen des Waffenstillstandsabkommens und zerschlugen die erschütterte faschistische und reaktionäre Herrschaft, lenkten durch den antifaschistischen Kampf ihr Land auf den Weg der volksdemokratischen Revolution.

*

Das nächste Land, das Hitler-Deutschland verliess, war Finnland. Der finnische Austritt soll darum kurz untersucht werden, weil Horthy und sein Kreis im Oktober 1944 dieses Beispiel, das „finnische Beispiel“ nachahmen wünschte.

Das halbfaschistische Kriegsregime Finnlands geriet im Sommer 1944, unter der Wirkung der siegreichen sowjetischen Offensive in Karelrien und unter dem Druck der Kriegsschwierigkeiten in eine tiefe Krise. Die Stimmung gegen den Krieg wurde in den Volksmassen, sowie in den Regierungskreisen, immer stärker. Das bewog Ryti, den deutschfreundlichen Präsidenten der Republik, samt seiner Regierung zum Abdanken. Der Anfang August ins Amt getretene neue Präsident, General Mannerheim, Oberbefehlshaber der finnischen Streitkräfte und seine neue Regierung begann – zwar ziemlich zögernd und unentschieden – wieder die Sondierungen zur Erneuerung der Waffenstillstandsverhandlungen mit der Sowjetunion. Endlich, am 25. August 1944 wandte er sich über die sowjetische Botschaft in Schweden an Moskau mit der Bitte um Verhandlungen über die Waffenstillstandsbedingungen für Finnland. Zugleich teilte Mannerheim mit, dass die Politik der früheren deutschfreundlichen Regierung die neue finnische Regierung nicht binde.⁶⁰

Die Sowjetregierung stellte in ihrer Antwort vom 29. August fest, dass sie nur nach der Annahme und Erfüllung der folgenden Vorbedingungen die finnischen Vertreter zu Waffenstillstandsverhandlungen empfangen kann: „Die finnische Regierung muss öffentlich erklären,

dass sie mit Deutschland die Beziehungen abbricht, die Räumung der deutschen Streitkräfte aus Finnland erfordert, und zwar binnen zwei Wochen von dem Tag gerechnet, an dem die finnische Regierung den vorliegenden Vorschlag annimmt, jedenfalls aber nicht später als am 15. September d. J. Sollten die deutschen Truppen bis zu der bestimmten Frist Finnland nicht verlassen, werden sie entwaffnet und als Kriegsgefangene den Alliierten übergeben.“⁶¹

Die finnische Führung versuchte am 2. September noch eine Machination auszuführen: sie wollte bei der Sowietregierung erreichen, dass der Auszug der deutschen Truppen vor der Ankündigung der Austrittserklärung gefordert werde. Dazu wünschte sie die Abstellung der Kämpfe an der Front. Moskau hielt aber an der Erfüllung der Vorbedingungen fest und versprach, bei der Entwaffnung der deutschen Truppen Hilfe zu leisten.⁶²

Endlich, am 4. September, früh morgens erklärte die finnische Regierung im Rundfunk, dass sie die sowjetischen Vorbedingungen angenommen und mit dem faschistischen Deutschland gebrochen habe und um 8 Uhr Morgen alle Kampfaktivitäten gegen die Sowjetunion einstelle. Das sowjetische Oberkommando nahm die Erklärung an und verordnete die Einstellung der Kampfaktivitäten an der finnischen Front auch von sowjetischer Seite.⁶³ Bald darauf begannen in Moskau die Verhandlungen und der Waffenstillstand wurde am 19. September unterzeichnet. Im Namen der Sowjetunion, England und der Vereinten Nationen unterschrieb Generaloberst A. A. Schdanow, Mitglied des Kriegsrates der Leningrader Front und Sekretär des Leningrader Bezirkskomitees der KPdSU das Dokument. Schdanow wurde der Vorsitzende der Alliierten Kontrollkommission in Finnland.⁶⁴

Das finnische Waffenstillstandsabkommen wich von dem rumänischen grundsätzlich nicht ab. Die antifaschistischen Aufgaben wurden auch hier aufgezählt. Die Grenzen von 1940 zwischen der Sowjetunion und Finnland ebenso wie der Friedensvertrag von demselben Jahr traten wieder in Kraft. Petsamo und Umgebung, 1920 und 1940 von der Sowjetunion Finnland freiwillig überlassen, wurden der Sowjetunion zurückgegeben. Die Finnen wurden auch zu einer Kriegsschädigung von 300 Millionen Dollar verpflichtet.

Die Weise, wie Finnland aus dem Krieg austrat, ebenso das Waffenstillstandsabkommen (die Vorbedingungen eingeschlossen) unterschied sich von dem rumänischen, von dem ungarischen und dem bulgarischen in zweierlei Hinsicht. Einerseits erforderte man von der finnischen Armee und vom Land keine Kriegserklärung, Finnland musste zur Zerschlagung des Hitler-Regimes mit den Waffen nicht beitragen. Es genügte die Beziehungen abubrechen. Auf dieser Grundlage hatte Finnland am 20. September auch mit Ungarn die diplomatischen Beziehungen abgebrochen.⁶⁵ Die Sowjetunion ermöglichte sogar die Evakuierung der deutschen Truppen aus Finnland. Der zweite Unterschied ist, dass im Abkommen die militärische Besetzung finnischer Gebiete nicht genannt wurde, nur in letzter Not in bezug auf einzelne militärische Basen, Flughä-

fen, usw. Die geographische und die militärisch-strategische Lage des Landes machten es nicht nötig, dass die Rote Armee ihre Operationen gegen die deutschen faschistischen Truppen hier weiterführe. Dieser Umstand hängt mit der ersten Besonderheit offenbar zusammen.⁶⁶

Diese Besonderheiten des Austritts und Waffenstillstandes Finnlands bedeuteten für Horthy und seinen Kreis das „finnische Beispiel“, das sie unter ganz anderen Umständen und in einer gänzlich unterschiedlichen militärisch-strategischen Lage um jeden Preis nachahmen wollten.

*

Der Austritt Bulgariens aus der faschistischen Koalition zeigt ebenso bemerkenswerte Züge auf. Selbst das Verhältnis zu den Kriegsgegnern unterschied sich von dem der anderen Verbündeten Deutschlands. Im Gegenteil zu Finnland, doch ebenso wie Ungarn und Rumänien, schloss es sich dem Dreimächtepakt an, nahm aber an dem Feldzug gegen die Sowjetunion nicht teil. Bulgarien unterstützte diesen Krieg wirtschaftlich und durch die im Lande eingerichteten deutschen Militärbasen. Vor dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges nahm es aber an den Aktionen gegen Jugoslawien und Griechenland an Seite Deutschlands teil, und im Dezember 1941 erklärte es England und den Vereinigten Staaten den Krieg. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Bulgarien und der Sowjetunion – ebenso wie die zwischen Finnland und den Vereinigten Staaten – bestanden bis zum Frühherbst 1944.

Als 1943 die Hitler-Koalition in Krise geriet und ihr Zerfall begann folgte aus dieser Lage, dass Bulgariens Austrittssondierungen an die Westmächte gerichtet werden sollten. Die Westmächte hatten über diese Sondierungen die Sowjetunion informiert. Sogar der erste Vorschlag für die bulgarischen Waffenstillstandsbedingungen seitens der Westmächte wurde – abweichend von dem Fall der anderen drei Satelliten – am Ende August 1944 in der Europäischen Konsultatativkommission behandelt.⁶⁷

Vom Anfang 1944 an wurde es für die Westmächte wichtig – gerade wegen des schnellen Vordringens der Sowjettruppen –, dass die südost-europäischen Verbündeten Deutschlands an die Seite der Alliierten übergehen, bevor die Rote Armee ihren Boden betreten hätte. Dadurch wäre nicht nur der Krieg abgekürzt, sondern und vor allem, den Balkanplänen Churchills entsprechend, auch die Wirkung der Sowjetunion in Südost-Europa verringert worden. Als die westlichen Alliierten mit den Vertretern des bulgarischen Zarenregimes verhandelten, folgten sie diesem grundlegenden Ziel.

Zwischen dem politischen Ziel und den Waffenstillstandsbedingungen, insbesondere denen, die im englischen Entwurf skizziert waren, bestand zugleich ein scharfer Gegensatz. Die Westmächte wollten strenge Bedingungen vorschreiben wie die in Italien, die das Land für eine lange Zeit in Abhängigkeit gehalten hätten. Sie wollten sich z. B. das Recht sichern, *nach dem* Übertritt Bulgariens auf Kosten Bulgariens *jeder* Zeit ins Land einmarschieren zu dürfen. Sie versuchten das mit der Notwendigkeit einer eventuellen späteren militärischen Lage oder mit

der Erfüllung des Waffenstillstandsabkommens zu begründen. Gleichzeitig hielten sie es aber nicht für notwendig, das Land an dem antifaschistischen Krieg teilnehmen zu lassen, statt dessen wollten sie eine bedingungslose Abrüstung vorschreiben.

Unter der Wirkung der für die Finnen und die Rumänen im Februar, bzw. im April 1944 übergebenen realen sowjetischen Verhandlungsbedingungen wandte sich das Interesse der Länder, die die Absicht hatten, überzugehen, von der Bedingungslosigkeit, d. h. der Vorschrift der Westmächte, allmählich der sowjetischen Konzeption zu, die die Interessen des Antifaschismus, der Beendigung des Krieges und der Sicherung der national Unabhängigkeit vor Augen hatte. Die ausbeutenden Schichten der ost-europäischen Länder rechneten zwar vor allem mit einer westlichen Besetzung (im Interesse der Rettung ihrer Regimes), der Preis dieser Lösung, die Bedingungen des Westens aber ermöglichten keine glatte und schnelle Vereinbarung. Unter solchen Umständen, trotz aller Bestrebung derer, die das bulgarische Regime retten wollten, trotz des Eifers der Westmächte gelang es nicht, vor dem 1. September, d. h. vor der Ankunft der Roten Armee an die bulgarische Grenze, mit Bulgarien das Waffenstillstandsabkommen abzuschließen.

Nachdem die Sowjetregierung in den Jahren 1943 und 1944 der bulgarischen Regierung Dutzende der diplomatischen Noten überreicht hatte, damit diese nicht mit Deutschland gegen die Sowjetunion zusammenarbeite, brach sie am 5. September 1944 die diplomatischen Beziehungen mit Bulgarien ab und erklärte zugleich den Krieg: „... als Hitler noch stark war, konnte man noch nachsehen, dass Bulgarien unter dem Druck der Deutschen nachgab – lautete die sowjetische Begründung –, jetzt aber, nach dem Austritt Rumäniens, Finnlands und Italiens kann die Sowjetunion nicht mehr annehmen, dass Bulgarien unter dem Deckmantel der sogenannten Neutralität Deutschland unterstützt.“⁶⁹ Die Truppen der 3. Ukrainischen Front marschierten bald zum Kampf für die Befreiung Bulgariens.

Die bulgarische Regierung suchte bereits am 6. September beider Sowjetunion um den Waffenstillstand an, die Sowjetregierung war aber misstrauisch, weil Bulgarien trotz seines Versprechens die Beziehungen mit Deutschland nicht abgebrochen hatte; die Trennung ging sehr zögernd vor sich. Die ausgedehnte Widerstands- und Partisanenbewegung führte aber am 9. September in den Morgenstunden, unter der Leitung der bulgarischen Kommunisten, gestützt auf die Offensive der 3. Ukrainischen Front, mit einem konzentrierten Angriff einen bewaffneten Aufstand durch und ergriff die Macht. Die neue, revolutionäre Regierung brach die Beziehungen zu Deutschland eindeutig ab und erklärte den Deutschen den Krieg.

Nur nach diesen Geschehnissen kam es dazu, dass die Alliierten das bulgarische Ersuchen um den Waffenstillstand annahmen. In dem gleichen Zeitpunkt stellten auch die Sowjettruppen ihre Operationen gegen Bulgarien ein.⁷⁰ Als Vorbedingung der Waffenstillstandsverhandlungen forderten aber die Alliierten, dass Bulgarien binnen 15 Tagen die

besetzten Gebiete Jugoslawiens und Griechenlands ganz abtreten soll.⁷¹ Nur danach und nach einer langen vorbereitenden Diskussion der Alliierten kam es am 28. Oktober in Moskau zu der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens. Im Namen der drei alliierten Mächte wurde es von dem am 12. September 1944 zum Marschall beförderten F. I. Tolbuchin unterzeichnet, der später Vorsitzender der Alliierten Kontrollkommission in Bulgarien wurde.⁷²

Das unterzeichnete bulgarische Waffenstillstandsabkommen folgte in den Grundsätzen dem rumänischen und dem finnischen Abkommen. Ausser den militärischen Vorschriften war die Erfüllung der antifaschistischen Aufgaben auch hier die wichtigste Bedingung. Gewisse Besonderheiten zeigten sich aber auch in diesem Fall. Die erste Besonderheit war, dass die Entwaffnung der in Bulgarien befindlichen deutschen Truppen zwar vorgeschrieben wurde, Bulgarien wurde aber nicht unbedingt verpflichtet, gegen Deutschland zu kämpfen, obwohl das unter sowjetischem Kommando ermöglicht wurde. Das revolutionäre bulgarische Volk und seine Regierung machte von dieser Möglichkeit Gebrauch und nachdem am 26. September 1944 die Beziehungen mit Ungarn abgebrochen wurden, nahmen 6 Infanteriedivisionen an der Befreiung Ungarns teil.⁷³

Die andere wesentliche Besonderheit des Abkommens bestand darin dass es der Alliierten Kontrollkommission – mit einer Befugnis für die Sowjetunion wie im Falle Rumäniens und Finnlands – eine Frist für ihre Tätigkeit vorschrieb, die nicht bis zum Abschluss des Friedensvertrags dauern sollte, wie in den vorigen Fällen, sondern nur bis zur Beendigung des europäischen Krieges. Auch das spätere ungarische Waffenstillstandsabkommen folgte dieser bulgarischen Formel. Aus dem bulgarischen Abkommen fehlte auch die genaue Bestimmung der Kriegsschädigung. Diese Besonderheiten dienten auch in dieser Kompromissform dazu, den Einfluss der Westmächte weiterhin zu erhalten.⁷⁴

*

Nach der Übersicht der Hauptmomente, die die einzelnen Verbündeten Deutschlands zum Verlassen der faschistischen Koalition bewegten, ist es notwendig, unsere Aufmerksamkeit auch auf einige wesentliche Unterschiede zu richten. Das ist durch den Umstand begründet, dass alle diese Austritte einen wesentlichen Einfluss auf Horthys Austrittsversuch ausübten, weil sie diesem vorausgegangen waren. „Es schwebte immer das finnische und nicht das rumänische Beispiel vor meinen Augen...“ – schrieb Miklós Horthy, damaliger Reichsverweser in seinen Memoiren.⁷⁵ Die ungarischen herrschenden Kreise kannten also die Formen und die Weise des Übertritts der einzelnen Länder gut und sie wogen diese Möglichkeiten.

Der Austritt Italiens fand unter den Umständen der allgemeinen politischen und militärischen Krise des Faschismus und hauptsächlich unter den Umständen der beginnenden antifaschistischen Massenbewegungen statt, als ein hauptsächlich die oberen Kreise erfassender,

einem Coup d'état ähnlicher Regierungswechsel. Die Zusammensetzung der Badoglio-Regierung war nicht demokratisch. Diese durch das Militär geleitete Regierung stützte sich vor allem auf die mit Mussolinis Politik unzufriedenen, auf die Rettung des Regimes bedachten oberen Kreise. Horthy und sein Kreis mussten aber erleben, dass diese Regierung im Frühling und im Sommer 1944 auf die Forderung der inneren linken Kräfte und der politischen Linie der siegreichen Grossmächte entsprechend zu einer Koalitionsregierung erweitert wurde, die alle antifaschistischen Parteien – die Kommunistische und die Sozialistische Partei Italiens eingeschlossen – umfasste. Nur die engen Klasseninteressen und die Unbegabtheit, die Unfähigkeit, die Angelegenheiten einer Nation zu führen, konnten Horthy und seinen Kreis so blind machen, dass sie diesen Entwicklungsprozess nicht in seiner bedeutungsvollen Wirklichkeit betrachteten, sondern bei ihrem Übertrittsversuch ohne die antifaschistischen Kräfte, sogar gegen diese Kräfte vorgehen wollten.

Im Sommer 1944 vertiefte sich die Krise des rumänischen Systems bis zum antifaschistischen, bewaffneten Aufstand, der zugleich den Anfang der Revolution bedeutete. Dieser bewaffnete Aufstand ermöglichte zusammen mit den herrschenden Kreisen die Aufstellung einer neuen Regierung, die das Land auf den Weg des Übertritts und des Kampfes gegen die Deutschen brachte. Die Zusammensetzung und das Programm der Regierung wies aber nicht auf Demokratismus hin, widerspiegelte vielmehr die Interessen des königlichen Hofes zur Rettung des Systems. Auch die Führung der Regierung war in den Händen des militärischen Flügels. Es kostete den rumänischen antifaschistischen, demokratischen Kräften einen langen Kampf, bis es in den ersten Tagen von März 1945 gelang, Rumäniens Regierung wirklich zu demokratisieren.

In Bulgarien fegte der bewaffnete Aufstand der Revolution das frühere Regime weg und stellte sofort eine volksdemokratische Regierung auf, die unter der Leitung der Kommunisten alle antifaschistischen Parteien erfasste und die die Aufgaben des antifaschistischen Krieges sowie die demokratischen Ziele entschieden verwirklichte.

Die Kriegspolitik schärfte auch in Finnland die Krise, diese war aber nicht von einer solchen starken Widerstandsbewegung der Volksmassen, der linken Kräfte und der Parteien begleitet, die die Weise des Austritts und die daran geknüpften Ziele wesentlich beeinflussen könnte. Die finnische Regierung, die den Austritt ausführte und die sich auf den realpolitischen Flügel der herrschenden Kreise stützte, bekam von unten nicht den Druck einer starken, regierungsfähigen antifaschistischen Koalition, wie das in Italien, in Rumänien und später auch in Ungarn der Fall war.

Fern von Realitätssinn hätten Horthy und sein Kreis gerne auch in Ungarn einen solchen Hintergrund für das Übergehen gehabt, und führten diesem Wunsch entsprechend ihre Politik.

Die oben vorgetragenen Grundsätze, die Rahmen und die Möglichkeiten des Austritts aus der faschistischen Koalition und des Übergehens an die Seite der Alliierten veränderten sich bis zu dem gänzlichen

Übertritt Ungarns nicht. Diese Vorschriften und Grundsätze wurden auch durch die späteren Konferenzen der Alliierten bestätigt und bei ihren Stellungnahmen in bezug auf die Nachkriegszeit in Betracht gezogen.

ANMERKUNGEN

- ¹ *Armstrong, A.*: Unconditional Surrender. The Impact of the Casablanca Policy upon World War II. Rutgers University Press. New Brunswick, N. J. 1961. S. 84–85.
- ² Sztálin üzenetváltása az Egyesült Államok és Nagy-Britannia kormányfőivel, 1941–1945. (Stalins Botschaftswechsel mit den Regierungshäuptern der Vereinigten Staaten und Englands, 1941–1945.) Kossuth Verlag. Budapest, 1958. Bd. II. S. 103.
- ³ Ebenda, S. 103.
- ⁴ *Armstrong, A.*: Zit. Werk, S. 58.
- ⁵ Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. 1944. Vol. I. Washington. 1966. United States Government Printing Office. S. 581. (Im weiteren: Foreign Relations.
- ⁶ Ebenda, S. 581–582.
- ⁷ Ebenda, S. 582.
- ⁸ *Jakowlew, N. N.*: Franklin Delano Roosevelt. Kossuth Verlag. Budapest, 1967. S. 488.) Präsident Roosevelt hatte hier die Tatsachen ziemlich durcheinandergebracht. Man kann aus jeder Darstellung des amerikanischen Zivilkrieges feststellen, dass Grant nicht mit General Lee, sondern mit General Bruckner dieses Gespräch geführt hatte, und nicht am Ende des Krieges, sondern 1862, bei der Festung Donelson und nicht bei der von Appomattox!
- ⁹ Stalins Botschaftswechsel... Vgl. Bd. I, SS. 125, 127–128.
- ¹⁰ Wneschnaja politika Sowjetskogo Sojuza w period Otetschestwennoj wojny. Moskau, 1946. Bd. II, S. 89. (Im weiteren: Wneschnaja politika.)
- ¹¹ Ebenda, S. 90.
- ¹² Ebenda.
- ¹³ Stalins Botschaftswechsel. Vgl. Bd. I, S. 254.
- ¹⁴ Wneschnaja politika, Vgl. Bd. II, SS. 111–113.
- ¹⁵ Foreign Relations. Vgl. Bd. I, SS. 583–584.
- ¹⁶ *Churchill W.*: The Hinge of Fate. Houghton Mifflin. Boston, 1950, S. 663. Zitiert bei Armstrong a.a.O. 86.
- ¹⁷ Siehe das ganze Dokument in: Foreign Relations, Bd. I, SS. 584–585.
- ¹⁸ Ebenda, SS. 588–589.
- ¹⁹ Ebenda, SS. 587–588.
- ²⁰ Ebenda, SS. 589–590.
- ²¹ Ebenda, S. 592.
- ²² Ebenda, S. 593.
- ²³ *Cretzianus, A.*: The Lost Opportunity. London, 1957, S. 117. Ungarisch in: Israeljan – Kutakow: A diplomácia kulisszái mögött. (Hinter den Kulissen der Diplomatie.) Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, 1969, S. 362.
- ²⁴ Vgl. Israeljan – Kutakow a.a.O. 417.
- ²⁵ Wneschnaja politika. Bd. II, S. 105.
- ²⁶ Ebenda, SS. 174–175.
- ²⁷ Foreign Relations, Bd. I, S. 585.
- ²⁸ *Armstrong a.a.O.* 57. (Der Autorin nach hatte darüber der Berichterstatte des Daily Telegraphs in den Nummern vom 9. und 13. Mai 1944 berichtet. Man kann darüber auch im Buch Reported by Lord Hankey. Politics: Trials and Errors. Henry Regnery, Chicago, 1950, 32 lesen.
- ²⁹ Foreign Relations, Bd. I, SS. 586, 592, 600.
- ³⁰ Ebenda, SS. 603–604.
- ³¹ *Stalin, I.* : A Szovjetunió Nagy Honvédő Háborújáról. (Über den Grossen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion.) Szikra Verlag. Budapest, 1949, S. 138.
- ³² Foreign Relations. Bd. I, S. 602. Das Telegramm des Aussenministers Hull vom 1. Mai an dem Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in der Sowjetunion, sowie Hulls Telegramm an den Botschafter in England.

- ³³ Siehe: Wnesnaja politika, Bd. II, SS. 132–133.
- ³⁴ Foreign Relations, Bd. I, SS. 606–607.
- ³⁵ Ebenda, S. 607.
- ³⁶ Siehe das ganze Dokument ebenda, SS. 596–599.
- ³⁷ Ebenda, SS. 607–608.
- ³⁸ Ebenda, SS. 610–611.
- ³⁹ Ebenda.
- ⁴⁰ Stalins Botschaftswechsel, Bd. I, SS. 283–284.
- ⁴¹ Ebenda, S. 286. (Es war Ministerpräsident Churchill, der während seiner Beratung mit Stalin zwischen 9–18. Oktober 1944 in Moskau auf die Frage zurückkam).
- ⁴² Romania in anii revolutiei democrat-populare. 1944–1947. (Rumänien in den Jahren der volksdemokratischen Revolution, 1944–1947.) Editura politica, Bucuresti, 1971, SS. 35–36.
- ⁴³ Ebenda, S. 38.
- ⁴⁴ Contributia României la razboiul antihitlerist. (Beitrag Rumäniens zum Kampf gegen Hitler.) Editura militara. Bucuresti, 1958, S. 32.
- ⁴⁵ Ebenda, SS. 14–15, Tafel I.
- ⁴⁶ Ebenda, SS. 37, 40.
- ⁴⁷ România hozzájárulása a fasizmus felett aratott győzelemhez. (Beitrag Rumäniens zum Sieg über den Faschismus.) Politikai Kiadó. Bukarest, 1965, S. 71.
- ⁴⁸ A Nagy Honvéddő Háború Története. 1941–1945. (Geschichte des Grossen Vaterländischen Krieges, 1941–1945.) Zrínyi Verlag. Budapest, 1965, Bd. IV, SS. 210–227. (Im weiteren: A Nagy Honvéddő...).
- ⁴⁹ Contributia României la razboiul antihitlerist. Editura militara. Bucuresti, 1958, S. 53.
- ⁵⁰ Ebenda, S. 68.
- ⁵¹ Foreign Relations. Bd. IV. Washington, 1966, S. 192.
- ⁵² Wneschnaja politika, Bd. II, SS. 554–555.
- ⁵³ Foreign Relations, Bd. IV, SS. 191–192.
- ⁵⁴ A Nagy Honvéddő... Bd. IV, S. 228.
- ⁵⁵ Foreign Relations, Bd. IV, S. 194. Telegramm des amerikanischen Botschafters Harriman in Moskau vom 25. August 1944 an Aussenminister Hull.
- ⁵⁶ Ebenda, S. 232.
- ⁵⁷ Ebenda, S. 230. Harrimans Telegramm von 11. September 1944 an Aussenminister Hull.
- ⁵⁸ Wneschnaja politika, Bd. II, SS. 212, 557.
- ⁵⁹ Siehe das ganze rumänische Waffenstillstandsabkommen in: Wneschnaja politika, Bd. II, SS. 205–212. Ungarisch: Orosz–román fegyverszüneti egyezmény. (Das russisch–rumänische Waffenstillstandsabkommen.) Józsa Béla Athenaeum Verlag, Kolozsvár (Klausenburg), 1945.
- ⁶⁰ Wneschnaja politika, Bd. II, S. 177.
- ⁶¹ Ebenda, SS. 177–178.
- ⁶² Ebenda, S. 178.
- ⁶³ Ebenda, SS. 184–185.
- ⁶⁴ Ebenda, SS. 215, 239.
- ⁶⁵ Ebenda, S. 263.
- ⁶⁶ Den ganzen Text des finnischen Waffenstillstandsabkommens siehe ebenda, SS. 214–220.
- ⁶⁷ Foreign Relations, Bd. I, SS. 39–40; Bd. IV, SS. 201–202.
- ⁶⁸ Ebenda, Bd. III, S. 341; Bd. IV, SS. 201–202.
- ⁶⁹ Wneschnaja politika, Bd. II, S. 181.
- ⁷⁰ A Nagy Honvéddő... Bd. IV, SS. 249–253.
- ⁷¹ Wneschnaja politika, Bd. II, SS. 261–262.
- ⁷² Ebenda, S. 558; Foreign Relations, Bd. III, SS. 487–488.
- ⁷³ Wneschnaja politika, Bd. II, S. 287; „A Nagy Honvéddő...“, Bd. IV, S. 254.
- ⁷⁴ Den ganzen Text des bulgarischen Waffenstillstandsabkommens siehe: Wneschnaja politika, Bd. II, SS. 284–292.
- ⁷⁵ Horthy, M.: Emlékirataim. (Memoiren.) Buenos Aires, 1953, S. 273.